



PRESSEMITTEILUNG

Nr.128/GP

03.07.2018

**Huml: Rolle der Kommunen in der Pflege stärken - Bayerns
Gesundheits- und Pflegeministerin bei Fachtag in Nürnberg: Wir
brauchen auch auf dem Land Pflege-Angebote vor Ort**

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml setzt sich dafür ein, die Rolle der Kommunen in der Pflege zu stärken. Huml betonte am Mittwoch anlässlich des Fachtags "Demografische Herausforderung - Pflege im ländlichen Raum" in Nürnberg: "Die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf steigt. Für ländliche Gebiete bedeutet das besondere Herausforderungen, denn viele junge Leute ziehen zur Ausbildung oder zur Arbeit in die Ballungszentren - und die Elterngeneration bleibt zurück. Wir brauchen deshalb auf dem Land Angebote vor Ort, die Unterstützung und Pflege leisten können."

Die Ministerin unterstrich bei der gemeinsamen Veranstaltung des Bayerischen Landkreistages und der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern: "Wir wollen den Kommunen unter anderem ein befristetes Initiativrecht einräumen, sogenannte Pflegestützpunkte mit den Pflege- und Krankenkassen zu errichten. Dort finden Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie alle Interessierten Information und Beratung aus einer Hand rund um das Thema Pflege und wohnortnahe Angebote. Damit die Stützpunkte möglichst flächendeckend geschaffen werden, werde ich mich für ein flankierendes Förderprogramm einsetzen."

Huml fügte hinzu: "Außerdem wollen wir in Landkreisen und kreisfreien Städten regionale Ausschüsse, sogenannte Pflegekonferenzen ermöglichen. Wenn die Akteure der Pflege vor Ort und Vertreter der Landesverbände der Pflegekassen sich in solchen Pflegekonferenzen zusammenfinden, dann lässt sich die örtliche Pflegeinfrastruktur und Versorgung besser abstimmen und weiterentwickeln. Ferner wollen wir einen sektorenübergreifenden Landespflegeausschuss einrichten, der Fragen der Zusammenarbeit in der pflegerischen und medizinischen Versorgung mitberät."

Die Ministerin ergänzte: "Bayern baut die Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen deutlich aus. Das vom Kabinett im April 2018 beschlossene Pflege-Paket wird schnell konkrete Verbesserungen bringen. Darin enthalten ist zum Beispiel ein Fünf-Millionen-Euro-Programm für insgesamt mindestens 500 neue Kurzzeitpflege-Plätze in Bayern. Denn häuslich Pflegende werden durch verstärkte Möglichkeiten, Angehörige in Kurzzeitpflege zu versorgen zu lassen,



spürbar entlastet. Auch das trägt dazu bei, dass Pflegebedürftige möglichst lange in der gewohnten häuslichen Umgebung bleiben können."

Huml hob hervor: "Sowohl die Fortentwicklung der bestehenden Infrastruktur ist für uns von großer Bedeutung als auch die Schaffung bedarfsgerechter, moderner und neuer Pflegeplätze. Deswegen haben wir eine neue Investitionskostenförderung für stationäre Pflegeplätze auf den Weg gebracht. Der Mix aus verschiedenen Angeboten sichert auch zukünftig eine hochwertige Pflege und ausreichende Kapazitäten. Prioritär gefördert werden sollen in diesem Zusammenhang solche Pflegeeinrichtungen, die neue Konzepte entwickeln und sich beispielsweise in die Wohnquartiere öffnen. Hierzu wollen wir attraktive Anreize schaffen."

Die Ministerin betonte: "Mit dem Landespflegegeld in Höhe von 1.000 Euro jährlich unterstützen wir Menschen, die in Bayern leben und mindestens Pflegegrad 2 haben. Damit können sie zum Beispiel pflegenden Angehörigen eine finanzielle Anerkennung zukommen lassen oder sich selbst etwas Gutes tun. Mit dem Landespflegegeld möchten wir ein Signal setzen: Für uns steht im Mittelpunkt, die Selbstbestimmung und Selbstständigkeit der pflegebedürftigen Menschen zu stärken."

Huml fügte hinzu: "Mit einem eigenständigen Landesamt für Pflege im oberpfälzischen Amberg unterstützen wir zudem die pflegebedürftigen Menschen ebenso wie die Pflegenden in ganz Bayern. Gleiches gilt für die Begleitung schwerstkranker und sterbender Menschen und ihrer Familien. Aufgaben werden effektiv gebündelt, damit die Hilfe besser bei den Menschen ankommt."